

XXIV. GP.-NR

769 /AB

23. März 2009

zu 747 /J

**bmask**BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ**RUDOLF HUNDSTORFER**
BundesministerStubenring 1, 1010 Wien
Tel.: +43 1 711 00 - 0
Fax: +43 1 711 00 - 2156
rudolf.hundstorfer@bmask.gv.at
www.bmask.gv.at
DVR: 001 7001Frau
Präsidentin des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

(5-fach)

GZ: BMASK-10001/0058-I/A/4/2009

Wien, 20. MRZ. 2009

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit in seiner Funktion als Arbeitsminister gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 747/J der Abgeordneten Kitzmüller, Kickl, Themessl und weiterer Abgeordneter** wie folgt:

Die vorliegende Parlamentarische Anfrage über die Situation von Migranten in Österreich räumt zunächst einer Studie des deutschen Wirtschaftsforschungsinstitutes über die ökonomische Situation von Migranten in Berlin einen relativ breiten Raum ein. Zur Untermalung der im Rahmen eines wissenschaftlichen Diskurses eingebetteten Darstellung der Situation der Migranten in Berlin werden weiters Zitate aus einer Rundfunksendung gebracht, die ein Bild von der Perspektivenlosigkeit mancher oder weniger jugendlicher Personen mit Migrationshintergrund – wohl auch in Berlin – in drastischer Weise geben sollen. Unvermittelt werden in der Folge nicht weiter begründete Mutmaßungen angestellt, dass ähnliche „Fehlentwicklungen“ wie in der Studie aufgezeigt auch in österreichischen Städten möglicherweise anzutreffen wären.

Dem soll zum einen das in der Folge dargestellte Datenmaterial zur Erwerbssituation von nicht österreichischen StaatsbürgerInnen in Österreich entgegengehalten werden, zum anderen sehe ich als meine Pflicht an, etwas ganz grundsätzlich festzuhalten:

Der soziale Frieden in Österreich, das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft stellt – gerade auch in einer wirtschaftlichen Situation wie dieser – ein zu hohes Gut dar, als dass damit leichtfertig umgegangen werden darf. Noch nie – und

schon gar nicht in Österreich - hat die Zuspitzung oder Polarisierung entlang ethnischer Grenzen Vorteile für irgendjemanden sondern letztendlich nur Nachteile für alle gebracht. Die Antwort der österreichischen Bundesregierung kann daher nur sein: bedarfsorientierte Zuwanderung von Menschen mit entsprechender Qualifikation, aber auch bestmögliche Integration der in Österreich lebenden legal zugewanderten Menschen. Nicht verhehlen möchte ich allerdings auch, dass ich vor dem Hintergrund der momentanen Entwicklung am Arbeitsmarkt wenig Bedarf für eine Zuwanderung sehe.

Fragen 1, 2 und 3:

Direkt vergleichbare Studien liegen nicht vor. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat jedoch im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit die Studie „Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989-2007“ erstellt.

Fragen 4 bis 21:

Auf Basis der dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zur Verfügung stehenden Arbeitsmarktdaten von nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen können folgende Auskünfte gegeben werden:

	Vorgemerkte Arbeitslose mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft im Jahresdurchschnitt 2008 - Bestand
Wien	16.623
Linz	800
St. Pölten	525
Salzburg	1.024
Bregenz	701
Graz	2.324
Klagenfurt	618
Innsbruck	1.123
Eisenstadt	134

Frage 22:

Die Erwerbstätigenquote (Anteil der unselbständig und selbständig Beschäftigten an der Wohnbevölkerung) der österreichischen StaatsbürgerInnen betrug laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung im Jahresdurchschnitt 2007 58,1%, die nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen 60,7%.

Fragen 23 und 24:

Auf die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria wird hingewiesen.

Fragen 25, 26 und 27:

Arbeitsmarktdaten nach ethnischen Volksgruppen liegen nicht vor.

Frage 28:

Es waren im Jahresdurchschnitt 2008 6.807 Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft arbeitslos.

Fragen 29 und 30:

Auf Basis der dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zur Verfügung stehenden Arbeitsmarktdaten von nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen können folgende Auskünfte gegeben werden:

Vorgemerkte Arbeitslose mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft nach Berufsobergruppen im Jahresdurchschnitt 2008		
	Bestand	%-Verteilung
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	695	1,8
Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe	17.092	44,7
Handels- und Verkehrsberufe	4.193	11,0
Dienstleistungsberufe	11.811	30,9
Technische Berufe	572	1,5
Mandatare/ Mandatarinnen, Rechts-, Verwaltungs- und Büroberufe	2.036	5,3
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	1.613	4,2
Sonstige	245	0,6
Nicht-österreichische Staatsbürgerschaft insgesamt	38.257	100,0
<i>QUELLE: AMS DWH</i>		

Frage 31:

Gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen der Personen mit Migrationshintergrund:

Einkommensklassen ¹	Staatsbürgerschaft Österreich: Eingebürgerte nicht EU/EFTA- Personen	Staatsbürgerschaft: Nicht ÖsterreicherInnen
unterstes Einkommensviertel ²	44 %	44 %
zweites Einkommensviertel	30 %	27 %
drittes Einkommensviertel	15 %	19 %
oberstes Einkommensviertel	11 %	9 %
Gesamt	100 %	100 %

Quelle: „Tabelle 1.3.a.“ In: Statistik Austria. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Wien 2008, S.110.

Frage 32:

Auf Basis der dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zur Verfügung stehenden Arbeitsmarktdaten von nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen kann gesagt werden, dass es Ende Oktober 2008 (letzter verfügbarer Wert) 30.118 LeistungsbezieherInnen von Arbeitslosengeld mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft gab.

Mit freundlichen Grüßen



¹ Lesehilfe: Die Einkommensklassen sind nach Quartilen des Jahresäquivalenzeinkommens definiert, jede Klasse umfasst 25% der Gesamtbevölkerung.

² Lesehilfe: 44 Prozent der aus einem nicht EU/EFTA-Staat in Österreich Eingebürgerten (Staatsbürgerschaft Österreich) verfügen über ein Einkommen, das in das unterste Einkommensviertel fällt.